



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 20.09.2022, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Kommunalenergieeinsparplan
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 292/22

Abweichende Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat nimmt die von Stadtverwaltung, Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim, Eigenbetrieb Tourismus & Events und Wohnungsbau Ludwigsburg vorgestellten Energieeinsparmaßnahmen unter I. und IV. zur Kenntnis.

Der Gemeinderat ~~und~~ unterstützt den unter II. aufgeführten Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss über den 1. Satz des Beschlussvorschlags wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss über den 2. Satz des Beschlussvorschlags wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: OBM Dr. Knecht
 Stadtrat Braumann

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Sie vertrete in heutiger Sitzung den erkrankten Oberbürgermeister Dr. Knecht. Vor Eintritt in die Tagesordnung verkündet sie, dass Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen wird und am Anfang behandelt wird.

BMin **Schwarz** ruft sodann Tagesordnungspunkt 3 auf. Anschließend wird Tagesordnungspunkt 1 behandelt.

Sie berichtet, dass der Stab Ukraine einen Energieeinsparplan erarbeitet habe, der nun vorgestellt wird (vgl. auch Präsentation in der Anlage). Die Entscheidungen seien nicht leichtgefallen, seien aber notwendig.

TOP 1

Kommunaler Energieeinsparplan
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 292/22

Der **persönliche Referent** des Oberbürgermeisters, ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft und der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH erläutern den Energieeinsparplan anhand der Präsentation. Die größte Einsparsumme lasse sich durch die Schließung des Heilbads bis März 2023 erreichen. Zudem werde die Fernwärmeerzeugung auf Öl umgestellt. Enorm wichtig seien Sicherheitsaspekte und eine umfassende Information der Bevölkerung und Öffentlichkeitskampagnen über viele Kanäle, um die Notwendigkeit der Maßnahmen in der Öffentlichkeit zu erklären.

BMin **Schwarz** berichtet, dass die Verantwortlichen viel gearbeitet haben und viele Dinge abgewogen haben. Die größten Einsparungen lassen sich durch die Bäder erreichen. Die Schließung tue weh, das stellt sie klar. Aus gesetzlichen Gründen seien Schulen und Kitas vielfach ausgenommen, bspw. bei der Absenkung der Raumtemperatur. Auch Appelle an die Bevölkerung und deren Mithilfe beim Energiesparen seien von großer Wichtigkeit, denn jeder Haushalt solle auch das Mögliche zum Sparen beitragen. Die Wirtschaftsunternehmen, die gesetzlich nicht als geschützte Gasbezieher gelten, müssten zur Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft erhalten werden. Der Einsatz aller trage dazu bei. Sie eröffnet die Aussprache.

Energiesparen sei das Gebot der Stunde, so Stadtrat **Bauer**. In diesem Zusammenhang spricht er von verschlepptem Klimaschutz, denn viele Maßnahmen hätten schon früher umgesetzt werden können. Die Energieinfrastruktur müsse angepasst werden und die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Anstatt die Energiekosten vonseiten des Bundes zu subventionieren, sollte lieber in Zukunftstechnologien investiert werden. Die nun vorgeschlagenen Maßnahmen seien hoffentlich erfolgreich und klar sei, dass die Anstrengung nur gelinge, wenn jeder Einzelne sich auch beteiligt. Z. B. sei der Verzicht auf Weihnachtsbeleuchtung etwas, das jeder Privathaushalt machen könne. Der Umbau der Straßenbeleuchtung sollte auch ein Aspekt der kommenden Haushaltsberatungen werden. Der positive Nebeneffekt der reduzierten Außenbeleuchtung sei der verringerte Lichtsmog. Bei den Ampeln sieht er weiteres Einsparpotential und bittet um die Zurverfügungstellung einer Ampelanlagenübersicht. Zum Bereich Bäder fragt er, ob geprüft wurde, ob das Außenbecken am Stadionbad geschlossen werden könne. Die Lehrschwimmbecken sollten zum Schwimmenlernen auf jeden Fall geöffnet bleiben. Die unter Ziffer IV. genannten Punkte zu weiteren und mittelfristigen Energieeinsparmaßnahmen sollten schnell umgesetzt werden, dies würde auch einer besseren Eigenkapitalquote der Stadtwerke zugutekommen. Der Unterpunkt 5 sei in seinen Augen zu pauschal, hierzu bittet er um detaillierte Informationen. Weiter bittet er, die verworfenen Maßnahmen zu benennen. Essentiell bei allem sei es, die Bevölkerung zu sensibilisieren und mitzunehmen.

Stadträtin **Dr. Klünder** zufolge helfe jede Einsparung und gleichzeitig komme es dem Klimaschutz

zugute. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollen zum Energieeinsparen angehalten werden. Ihre Fraktion unterstützt die Stadtwerke bei den Entscheidungen bezüglich der Bäder. Viele Bürgerinnen und Bürger würden die Schließung des Heilbads als schmerzlich empfinden, aber in diesen sauren Apfel müsse gebissen werden. Auch die übrigen Maßnahmen trage ihre Fraktion mit. Sie fragt, ob alle Fördermöglichkeiten für die Umstellung auf LED-Beleuchtung ausgeschöpft worden seien und ob es momentan genügend Material für die Umstellung auf LED-Leuchten und für die Installation von Photovoltaik-Anlagen vorhanden sei. Außerdem erkundigt sie sich, ob alle Einsparmöglichkeiten für die Gebäudetechnik in Bestandsgebäuden technisch umgesetzt werden können.

Die Fraktion stimme der Vorlage zu und bittet um schnelle Umsetzung, führt Stadtrat **Weiss** aus. Er fragt, wie die Maßnahmen dann kontrolliert bzw. überwacht werden. Wichtig sei, dass die Unternehmen weiterarbeiten können, dafür seien weitere Einsparungen, auch der Bürgerinnen

TOP 1

Kommunaler Energieeinsparplan
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 292/22

und Bürger, nötig. Durch Energieeinsparungen würden ggf. auch Finanzmittel frei, die wiederum in Energiesicherheit investiert werden könnten. Dies sei sinnvoll und solle nicht zur Erhöhung der Eigenkapitalquote der Stadtwerke geschehen. Den Querverbund der Bäderfinanzierung über die Stadtwerke hält er weiter für richtig. Überlegenswert sei aus seiner Sicht der Betrieb der Luftfilter in der Stadt. Die langfristig genannten Maßnahmen sollten genau abgewogen werden. Der Gemeinderat solle auch auf die Bevölkerung einwirken und so an die Solidarität mit der Ukraine appellieren.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erinnert daran, dass Ausgangspunkt für die aktuelle Krise der Krieg in der Ukraine sei. Die Bevölkerung im ganzen Land wird darunter leiden und eine Verarmung werde spürbar werden. Allen müsse klar sein, dass den Menschen etwas zugemutet werde. Es müsse Energie eingespart werden, damit das Land durch die Krise und durch den Winter kommt. Es sei auch Aufgabe des Gemeinderats, das den Menschen zu erklären. Über die Beschlüsse des Aufsichtsrats der Stadtwerke zu den Bäderschließungen habe seine Fraktion kontrovers diskutiert. Die Jungen würden durch Vereinssport und Schwimmunterricht profitieren, diese hätten in der Coronazeit besonders gelitten. Für das Heilbad bestehe kein kommunaler Auftrag, daher sei dessen temporäre Schließung noch am ehesten vertretbar und trage zur Zielerreichung am meisten bei. Gleichwohl sollten alle Bäder, das befürworte die SPD-Fraktion, langfristig erhalten bleiben.

Stadtrat **Haag** zufolge seien die Entscheidungen schon gefallen vonseiten der Stadt und dem Aufsichtsrat und er fragt, ob der Gemeinderat nun überhaupt einen Beschluss fassen muss. Angesichts der vollen Speicher stellt er die Frage, was passiere, wenn es einen milden Winter gebe; ob nicht erst bei einem erhöhten Verbrauch die Maßnahmen punktuell ergriffen werden müssten. Die Einsparziele seien jedoch gesetzlich vorgeschrieben, die Stadt habe bereits seit einiger Zeit einige der verpflichtenden Maßnahmen umgesetzt. Die Sicherheitsaspekte bei Beleuchtung und Ampeln sollten genau abgewogen werden. Die Schließung des Heilbads sei vielleicht am ehesten vertretbar, trotzdem habe das Bad aber eine Gesundheitswirkung für die Menschen. Er wünscht, die beiden Sätze des Beschlussvorschlags zu trennen und darüber getrennt abstimmen zu lassen. Er fragt außerdem, ob es möglich und sinnvoll wäre, die Raumtemperatur in Schulen ebenfalls auf 19° Celsius abzusenken, wenn im Winter voraussichtlich aufgrund des Infektionsschutzes wieder vermehrt gelüftet werden muss.

Stadtrat **Dogan** bittet, die Luftfiltersäulen an der Schlossstraße in die Einsparüberlegungen aufzunehmen und eine Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen.

BMin **Schwarz** dankt für die engagierte Diskussion. Sie sagt zu, dass die intern diskutierten und verworfenen Maßnahmen nachgeliefert werden. Die eingesparten Kosten durch geringeren Verbrauch würden durch die Preissteigerungen verpuffen. Auch die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen und werden sich an den Einsparmaßnahmen beteiligen. Im Bauausschuss werde demnächst der Klima- und Energiebericht vorgestellt, in dem die laufenden und geplanten Maßnahmen vorgestellt werden. Sie ist dafür, die Luftfilter in den Schulen nicht abzuschalten, aufgrund der beginnenden Corona-Herbstwelle. Die Filter an der Schlossstraße seien eine Auflage des Regierungspräsidiums im Rahmen des Luftreinhalteplans und könnten daher nicht abgeschaltet werden. Der Beschluss sollte als Einheit aufgefasst werden und ein gemeinsames Signal von Stadtverwaltung und Gemeinderat für den städtischen Beitrag darstellen.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft ergänzt, dass die Lüftungsanlagen in den städtischen Gebäuden so eingestellt seien, dass keine warme Luft beigemischt werde. Verworfenen Maßnahmen seien beispielsweise die Schließung der Lehrschwimmbecken, das Abschalten der Duschen in den Turnhallen oder die Absenkung der Raumtemperatur in den städtischen

TOP 1 Kommunalen Energieeinsparplan
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 292/22

Bürogebäuden auf 17°. Gleichwohl soll das Homeoffice bei der Stadt ausgebaut werden. Das Team Energiemanagement führe die Maßnahmen als Leitstelle bei der Stadt durch. Hierüber könnten viele Einstellungen an den Gebäudetechniken vorgenommen werden und die jeweiligen Hausmeister seien ebenfalls entsprechend geschult.

Der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH erläutert, dass die Photovoltaik-Module momentan am Markt verfügbar seien, allein fehlen entscheidende Komponenten bei der Steuerung. Die Schließung des Außenbeckens am Stadionbad sei geprüft worden und erwirke nur eine geringe Energieeinsparung, weswegen man davon abgesehen habe. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke könne das jedoch noch einmal behandelt werden. Die finanzielle Einsparung durch die Heilbad-Schließung sei schwer bezifferbar, betrage etwa 500.000 Euro. Die steigenden Energiepreise würden aber die Einsparung bei weitem übertreffen. Fakt sei, dass die durch Einsparungen vor allem der Unternehmen über den Sommer gut gefüllten Gasspeicher über den Winter rasch leer werden, und dies beginne jetzt ab Beginn der Heizperiode. Die Förderungen zur LED-Umstellung seien in Anspruch genommen worden.

BMin **Schwarz** spricht die Summe der Investitionen für die mittelfristigen Maßnahmen an, die im Rahmen der Haushaltsberatungen vorliegen und diskutiert werden. Die Liste der Ampelanlagen werde für den Gemeinderat aufbereitet.

Auf die Anregung von Stadtrat Haag hin stellt BMin **Schwarz** den Beschlussvorschlag in zwei Sätze geteilt getrennt zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Mit Beratung und Beschluss zur Vorlage 292/22 „Kommunaler Energiesparplan“ ist der Antrag 250/22 „Energieeinsparung frühzeitig vornehmen“ der CDU-Fraktion vom 19.07.2022 erledigt. Siehe TOP 1.

Beschlussempfehlung:

- 1.) Den Corona bedingten außerplanmäßigen Mehraufwand im Teilhaushalt 08 mit 72.957,63 EUR und im Teilhaushalt 37 mit 1.092.548,94 EUR wird zugestimmt, die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft (90).

Mitteilung:

- 2.) Der Jahresabschlussbericht 2021 (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: OBM Dr. Knecht
Stadtrat Braumann

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert einleitend, dass mit der Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2021 auch der Beschluss zu zwei außerplanmäßigen Überschreitungen in zwei Teilhaushalten gefasst werden müsse.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** Finanzen geht anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) auf den Jahresabschluss 2021 der Stadt Ludwigsburg ein. Auffallend sei das unerwartet hohe Gewerbesteueraufkommen, in dem gleichwohl Nachzahlungen aus den zwei vergangenen Coronajahren enthalten seien. Detailliert geht er auf die Finanzindikatoren ein, die – bis auf einen – alle erreicht wurden. Andere außerplanmäßigen Aufwendungen der Fachbereiche als die zwei zu beschließenden, seien aus dem laufenden Betrieb gedeckt worden, was er hervorhebt.

Stadtrat **Bauer** lobt die guten Zahlen. Es sei für ihn ein „generationengerechter Haushalt“ nur aus finanzieller Sicht. Wirklich generationengerecht wäre er, wenn das Treibhausgasbudget berücksichtigt würde und eingepreist wäre. Die düsteren Vorhersagen für das Jahr 2023 erschrecken seine Fraktion nicht. Wichtig sei, dass rentierliche Investitionen, vor allem in einen klimaverträglichen Umbau der Stadt, getätigt werden.

Ihren Dank an die Gewerbesteuerzahler und an die Bürgerinnen und Bürger, die viel geschultert haben, spricht Stadträtin **Dr. Klünder** aus. Personalkosteneinsparungen klängen erst einmal positiv, hätten aber einen traurigen Hintergrund – den eklatanten Fachkräftemangel. Aus ihrer Sicht sollte, um die hohe Volatilität bei den versetzt berechneten Schlüsselzuweisungen auszugleichen, ein

TOP 2

Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2021
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 268/22

Durchschnitt der Überschüsse aus den Jahren 2020 und 2021 gebildet werden. Bezeichnend sei der immer höhere Bauinvestitionsansatz, der in den vergangenen Jahren nie verbaut werden konnte. Dies zeige die vielen Aufgaben in der Stadt. Sie und ihre Fraktion sehen allerdings positiv in die Zukunft und stimmen der Vorlage zu.

Stadtrat **Weiss** zufolge sei man 2021 mit einem blauen Auge davongekommen und der Jahresabschluss sei besser als erwartet. Der Haushalt für 2023 werde weitaus spannender und die Folgen des Krieges in der Ukraine seien erst dann spürbar. Er fragt, wie viel Coronahilfe in dem höheren Gewerbesteueraufkommen enthalten sei. Bei den Bauinvestitionen zeige sich, dass die Stadt keine Kapazitäten habe, die Ansätze zu verbauen. In diesem Zusammenhang spricht er von einem Scheinüberschuss der nicht verbauten Mittel.

Seinen Dank spricht Stadtrat **Dr. O'Sullivan** aus. Mit dem unerwartet guten Jahresabschluss würden wieder Begehrlichkeiten geweckt, gleichwohl seien keine großen Sprünge möglich. Aus diesem Grund sei es eigentlich kein positiv zu bewertender Haushalt. Die Einsparung im Personalbereich täusche darüber hinweg, dass dieses Personal dringend benötigt würde. Er erkundigt sich, wie viel an dem Gewerbesteuerplus genau auf Nachzahlungen aus Einbehaltungen im Coronajahr 2020 zurückgeht.

Stadtrat **Haag** spricht die Einnahmeneinbrüche 2021 bei Gebühren und Beiträgen an, trotz des höheren Gewerbesteueraufkommens. Aus seiner Sicht seien Überträge besser als eine höhere Kreditaufnahme. Er fragt nach den nicht durchgeführten Projekten, die große Abgänge hervorgerufen haben, und nach dem Gewerbesteuerverlauf im laufenden Jahr. Das Thema Personal werde die Stadt weiter beschäftigen, auch unter dem Gesichtspunkt von Fremdvergaben.

Ziel sei eine möglichst genaue Kalkulierbarkeit, meint BMin **Schwarz**. Die Vorhersage der Gewerbesteuer für 2023 sei sehr schwierig. Vieles sei nicht vorherzusehen. Beispielhaft nennt sie die Anzahl der Baugenehmigungen, die 2021 so hoch war wie noch nie.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert, dass eine gute Planerfüllung das Ziel jeder Haushaltsaufstellung sei. Die Situation der volatilen Gewerbesteuer betreffe viele andere Kommunen auch; eine detaillierte Analyse sei schwierig zu erstellen. Im laufenden Jahr bewege man sich im Gewerbesteueraufkommen sogar noch über dem Stand des Vorjahrs. Die Personaleinsparungen seien entstanden, weil deutlich weniger Stellen besetzt werden konnten. Es gebe eine Unterdeckung von 10-15 %.

BMin **Schwarz** stellt sodann den Beschlussvorschlag zur Abstimmung und schließt den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Die Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH zum 31.12.2021 mit einer Bilanzsumme von EUR 350.489.143,59 (VJ EUR 308.494.522,89) und einem Jahresüberschuss von EUR 4.647.617,44 (VJ EUR 2.608.120,71) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Der Anteil am Jahresgewinn 2021 von EUR 4.341.365,15 wird in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte der Stadt Ludwigsburg und der Anteil am Jahresgewinn 2021 von EUR 306.252,30 wird in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte der Stadt Kornwestheim eingestellt und soll im gesetzlich zulässigen Rahmen zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden.

Die Stadt Kornwestheim gleicht die Verschiebung der Kapitalanteile, die sich infolge der Einstellung des Jahresgewinns 2021 in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte ergibt, durch eine ihrer Beteiligung am Ergebnis gemäß § 20 Abs. 1 lit. a des Gesellschaftsvertrags entsprechende Einzahlung in die Kapitalrücklage der Stadt Kornwestheim in Höhe von weiteren EUR 414.608,70 aus, die ebenfalls zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden soll.

3. Lagebericht

Den Lagebericht für 2021 zu genehmigen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen.

6. Abschlussprüfer für das Jahr 2022 und 2023

Die BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart als Wirtschaftsprüfer für die Geschäftsjahre 2022 und 2023 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss zu den Beschlussziffern 1-4 und 6 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: OBM Dr. Knecht

TOP 3	Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH	Vorl.Nr. 285/22
-------	---	-----------------

Der Beschluss zur Beschlussziffer 5 wird mit 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: OBM Dr. Knecht

Befangen (alle aufgrund Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH): Stadtrat Bauer

Stadtrat Haag
Stadtrat Lutz
Stadtrat Dr. O'Sullivan
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** ruft nach Eintritt in die Tagesordnung mit Einverständnis des Gremiums zunächst den vorgezogenen Tagesordnungspunkt 3 auf. Anschließend wird mit Tagesordnungspunkt 1 fortgefahren.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen und der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH stellen die Zahlen des Jahresabschlusses und den Inhalt der Vorl.Nr. 285/22 vor. Es sei ein herausforderndes und erfolgreiches Jahr gewesen. Im Einzelnen gehen sie auf den Umsatz, Gewinn und die getätigten Investitionen ein. Besonders zu beachten sei der Nachhaltigkeitsreport.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** spricht seine Hochachtung für die Geschäftsführung und das Team der Stadtwerke aus. Die Zusammenarbeit mit der Stadt sei vorbildlich. Das Geschäft habe sich gut entwickelt und es seien kluge Investitionen getätigt worden. In Bezug auf Energieautarkie könnte mehr getan werden. Auch sei die Stromversorgung noch nicht klimaneutral. Die Bädersparte hätte ein hohes Defizit. Die Eigenkapitalquote als kritische Größe müsse beobachtet werden. Für das laufende Jahr hofft er ebenfalls auf eine Gewinnerzielung. Aktuelle Herausforderung sei die Versorgungssicherheit; Lieferstopps an Privathaushalte sollten vermieden werden.

Nach dem schwierigen Jahr 2021 liegen weitere schwierige Aufgaben vor den Stadtwerken, meint Stadträtin **Dr. Klünder**. An den Ergebnissen der Parkierungssparte könne man die Entwicklung der Innenstadt ablesen. Die Gewinnrücklage hält sie für richtig, eine Gewinnabführung lehnt sie ab. Kritisch sieht sie die Eigenkapitalquote, hier sei die Frage, wie man rechtzeitig und richtig

entgegensteuert. Der Vorlage stimme die Fraktion zu.

Stadtrat **Weiss** bewertet das Jahresergebnis als gut und spricht den Bericht der Chancen und Risiken an. Vor allem die Themen Forderungsausfälle, Ausfälle durch Vorlieferanten, Kundenrückgang, Fachkräftemangel und Instandhaltungen der Freizeiteinrichtungen sollten im Blick behalten werden. Da die Eigenkapitalquote besser werden müsse, sei der Verzicht auf eine Gewinnausschüttung in diesem Jahr richtig.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** lobt die Geschäftsführung und das Team der Stadtwerke, die im zweiten Coronajahr den Gewinn steigern konnten. Besonders hebt er die Entwicklung der Glasfasersparte hervor, in der die Geschäfte gut laufen würden. In diesem Zusammenhang spricht er die Vereinbarung mit der Deutschen Telekom an. Für die Bäder sollte ein Konzept erarbeitet werden,

TOP 3 Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Ludwigsburg- Vorl.Nr. 285/22
Kornwestheim GmbH

mit dem Ziel, auch nach den vielfältigen Krisen alle Bäder zu erhalten. Seine Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Die Stadtwerke kommen nicht aus dem Krisenmodus, konstatiert Stadtrat **Haag**. Die geringe Eigenkapitalquote schränke das Unternehmen ein, daher sei es richtig, in diesem Jahr keine Gewinne an die Stadt auszuschütten. Wichtig seien auch die hohen Konzessionsabgaben. Bei den Bädern sei das Nutzerverhalten ungewiss. Die attraktive Bäderlandschaft sei zu erhalten.

Stadtrat **Dogan** signalisiert Zustimmung zur Vorlage. Er fragt nach den Verträgen mit den Vorlieferanten für Gas.

Der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH führt aus, dass es große Unsicherheiten durch die Gasmangellage gebe. Glücklicherweise seien die Gasspeicher vor dem Winter zu 90 % gefüllt, was auch auf deutliche Einsparungen der Unternehmen zurückzuführen sei. Trotzdem werde das Jahr 2023 spannend werden. Über geeignete Maßnahmen wie Stundungen versuche man, Lieferstopps an Privathaushalte zu vermeiden. Im laufenden Jahr liege man nach dem Halbjahresbericht im Plan, entscheidend werden die Monate Oktober bis Dezember. Durch die Übernahmen der Gasimporteure durch den Staat entfalle wohl die Gasumlage. Die angesprochenen Risiken habe die Geschäftsführung auf dem Schirm und agiere entsprechend. In die Gewinnung von Fachpersonal werde das Unternehmen investieren müssen. Die Eigenkapitalquote sei mit 24,2 % noch über der Untergrenze von 20 %, aber durch Maßnahmen wie einem Investitionsdeckel könnte man gegensteuern. Die Bädersparte soll in einer Strategieklausur des Aufsichtsrats behandelt werden. Eine Konzeption werde derzeit mit externer Begleitung erarbeitet. Die Ergebnisse werden im Gremium vorgestellt. Die geschlossenen Verträge mit den Vorlieferanten würden noch gelten, nach Ablauf werde der Markt regulieren. Es werde zwangsläufig zu Preissteigerungen kommen, ca. 60 % seien hier erkennbar.

Ein Vorschlag zur Verbesserung der Eigenkapitalquote könne auf der Haushaltsklausur des Gemeinderats vorgestellt werden, so der **Fachbereichsleiter** Finanzen.

BMin **Schwarz** dankt für die Diskussion und spricht ihr Lob an die Stadtwerke aus. Sie stellt sodann den Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung. Zunächst lässt sie über Beschlussziffer 1-4 und 6

abstimmen, danach über Ziffer 5. Aufgrund ihrer Tätigkeit als Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH im Jahr 2021 der Stadträte **Dr. O'Sullivan, Bauer, Schreiber, Haag, Lutz, Weiss** erklären sich diese als befangen und rücken für die Abstimmung zu Ziffer 5 vom Sitzungstisch ab.

Beschluss:

Der Zinssatz für das Trägerdarlehen an den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL) wird für die Darlehensraten mit Fälligkeit ab 01.01.2023 von 5,5% auf 3,0% gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: OBM Dr. Knecht
 Stadtrat Braumann

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert den Sachverhalt und geht auf die Beschlussvorlage 248/22 ein.

Nachdem das Gremium auf Aussprache verzichtet, stellt BMin **Schwarz** den Beschlussvorschlag sogleich zur Abstimmung. Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.